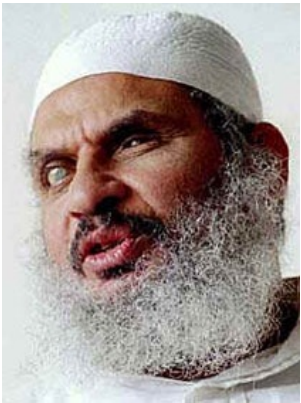




Die Erfindung des “moderaten Islam”



Der folgende Artikel ist am 24.08.2010 in der [Online-Ausgabe der National Review](#) erschienen. Der Autor, Andrew C. McCarthy, ist ein Islamkritiker mit einer interessanten Biographie. Er war einer der Bundesanwälte, die den „Blinden Scheich“, Omar Abdel Rahman (Foto), nach dem [ersten Anschlag auf das World Trade Center im Jahre 1993](#) anzuklagen hatten. Damals war McCarthy der Ansicht, es mit einem Verrückten (kook) zu tun zu haben. Dessen Aussagen waren so voller Hass und beinhalteten derartige Aufrufe zu Gewalt, dass McCarthy zunächst der Ansicht war, es müsste ein Leichtes sein, den Scheich als jemanden zu entlarven, der missbräuchlich behauptet, gemäß seiner Religion zu handeln. Das jedoch sollte sich – man ahnt es – als Trugschluss erweisen.

McCarthy, den man somit als (anfänglich) gutwilligen Betrachter des Islam sehen muss, sollte schon bald feststellen, dass, was immer der Scheich sagte oder gesagt

hatte, von der islamischen Lehre gedeckt ist. Er vermochte es einfach nicht, ihm einen „Irrtum“ oder eine „falsche Interpretation“ nachzuweisen. Doch das war erst der Beginn McCarthys Reise in die Gedankenwelt der Religion des Friedens™. Im Laufe der Jahre wurde McCarthy zu einem Kenner des Islam und veröffentlichte zuletzt das Buch [„The Grand Jihad: How Islam and the Left Sabotage America“](#).

Anlässlich der Debatte um die Ground Zero-Moschee hat sich McCarthy nun erneut in die Debatte eingemischt und verdeutlicht in einem lesenswerten Beitrag, dass es zwar moderate Muslime gibt, aber keinen moderaten Islam:



Den moderaten Islam erfinden – dies kann nicht geschehen, ohne dem etablierten Islam und seiner Scharia-Agenda entgegen zu treten.

*„Der Säkularismus kann in einer islamischen Gesellschaft niemals allgemeine Anerkennung finden.“ Dies schrieb keiner dieser hitzigen Islamophoben, die von CAIR (Anmerkung [PI: amerikanischer Islamverband](#)) und der Professionellen Linken angeprangert werden. Ganz im Gegenteil: Es war Scheich Yusuf al-Qaradawi, spiritueller Führer der Moslembruderschaft, und ein Günstling der saudischen königlichen Familie. Er stellt diese Behauptung in seinem Buch *How the Imported Solutions Disastrously Affected Our Ummah* (Wie die importierten Lösungen unsere Ummah auf verheerenden Weise beeinflussen), von dem ein Auszug vor nur wenigen Monaten in der *Saudi Gazette* veröffentlicht wurde. Dies war Quaradawi, der „progressive“ Moslemintellektuelle, dem vom aufkeimenden *Islamic-Studies* Programm der Georgetown Universität vielgeliebten. Wie bei Harvard wurde bei Georgetown mit zweistelligen Millionenbeträgen saudischer Petrodollars Unterwerfung erkaufte. In dem daraus resultierenden*

Feuereifer, Amerikaner über den Islam zu beruhigen, schafft es die Universität irgendwie, über Qaradawis Fatwas hinweg zu sehen, die zum Töten amerikanischer Truppen im Irak und Selbstmordattentaten in Israel aufrufen. Qaradawi, so sagen sie uns, ist ein „gemäßigter“. Tatsächlich ist es so – wie Robert Spencer stichelt – wenn Sie sagen würden, Islam und Säkularismus könnten nicht koexistieren, würde Sie John Esposito, Georgetowns Haupt-Apologet, als Islamophoben bezeichnen. Doch wenn es Qaradawi sagt, kein Problem – laut Esposito ist er ein „Reformer“.

Und er ist nicht nur irgendein Reformier. Ein anderer Qaradawifan, Feisal Rauf, der ähnlich „gemäßigte“ Imam hinter dem Ground Zero Moscheeprojekt, erzählt uns, Qaradawi sei auch die „bekannteste Autorität in Rechtsfragen der gesamten heutigen moslemischen Welt.“

Hier liegt Rauf zweifellos richtig. Man sollte sich bewusst sein, dass diese einflussreichste aller islamischen Stimmen, dieser Förderer der islamischen Enklaven, die die Bruderschaft im ganzen Westen formt, davon überzeugt ist, dass islamische Gesellschaften niemals den Säkularismus akzeptieren können. Immerhin ist der Säkularismus nicht weniger, als die Rahmenbedingung, durch die der Westen die religiöse Freiheit verteidigt, aber den Glaubensgemeinschaften politische und rechtliche Autorität verweigert.

Es lohnt sich auch zu begreifen, warum Qaradawi sagt, dass Islam und Säkularismus nicht koexistieren können. Der Auszug aus seinem Buch fährt fort:

Da der Islam ein umfassendes System von Gottesdienst (Ibadah) und Gesetzgebung (Scharia) ist, bedeutet die Akzeptanz des Säkularismus die Aufgabe der Scharia, eine Leugnung der göttlichen Anleitung und ein Zurückweisen von Allahs Vorschriften. Es ist in der Tat eine falsche Behauptung, dass die Scharia den Anforderungen der Gegenwart nicht genügt. Die

Akzeptanz eine Rechtsprechung, die von Menschen entworfen wurde, bedeutet einen Vorrang des begrenzten Wissens und der begrenzten menschlichen Erfahrung gegenüber der göttlichen Führung. „Sagt! Wisst Ihr es besser, als Allah?“ (Koran 2:140) Aus diesem Grund ist der Ruf nach Säkularisierung unter den Moslems Atheismus und eine Zurückweisung des Islam. Ihre Akzeptanz als Grundlage für Herrschaft anstelle der Scharia ist geradezu Apostasie.

Apostasie ist ein explosiver Vorwurf. Bei einer anderen Gelegenheit erklärte Scheich Qaradawi, dass „moslemische Juristen einer Meinung darüber sind, dass Apostaten bestraft werden müssen.“ Er räumte weiterhin ein, dass unter diesen Juristen, inklusive der wichtigsten sunnitischen wie schiitischen Schulen ein Konsens besteht, dass „Apostaten hingerichtet werden müssen.“

Qaradawis eigene Ansicht ist nuancierter, wie er der ägyptischen Presse 2005 erklärte. Dies ist es, so vermute ich, wo seine viel gepriesene reformistische Ader ins Spiel kommt. Für private Apostasie, bei der ein Moslem die geheime, persönliche Entscheidung trifft, die Grundsätze des Islam aufzugeben und ruhig seiner eigenen Wege geht, ohne Aufregung zu verursachen, hält der Scheich die Verbannung aus der islamischen Gemeinschaft für ein ausreichende Strafe, mit der Einsicht, dass Allah den Apostaten zu einer Zeit seiner Wahl mit der ewigen Verdammnis bestrafen wird. Für öffentliche Apostasie jedoch, da steht Qaradawi mit dem überwältigenden Gewicht islamischer Autorität, „Ist die Strafe. . . Hinrichtung.“

Die traurige Tatsache, die Tatsache, mit der sich niemand befassen will, doch die die Debatte um die Ground Zero Moschee an die Front zwingt, ist, dass Qaradawi ein gemäßigter ist. Genau wie Feisal Rauf, der die Position Qaradawis befürwortet – die etablierte islamische Position – dass die Scharia eine nicht verhandelbare Forderung ist. Rauf gewinnt die begehrte Bezeichnung als „gemäßigt“, da er sich

bemüht, zumindest, wenn er für westliche Zuhörer spricht, die Inkompatibilität zwischen Scharia Gesellschaften und westlichen Gesellschaften zu verkleistern.

Qaradawi und Rauf sind gemäßigt, weil wir uns von der Vernunft verabschiedet haben. Unsere meinungsführenden Eliten sind glücklich damit, den Abgrund zwischen „reformerischem“ Islam und „reformerischer“ Zustimmung zu Massenmord zu verkleistern. Das ist es, warum es sie nicht im geringsten stört, dass sich Imam Rauf weigert, sich von der Hamas loszusagen. Wenn Sie Qaradawi, dem Typ, der die Hamasterroristen aktiv unterstützt, einen Ball zuspielen, wie können sie sich dann über einen Typen beschweren, der sich lediglich weigert, diese Terroristen zu verurteilen?

Wenn wir vernünftig sind, haben wir Vertrauen zu unserem eigenen Bezugsrahmen. Wir beurteilen, was gemäßigt ist auf der Grundlage eines abgeklärten, vom gesunden Menschenverstand geleiteten Verständnisses dessen, was „gemäßigt“ bedeutet. Wir manipulieren nicht das Ergebnis, wir wollen nur wissen, wo wir stehen.

Befänden wir uns in diesem objektiven Bezugsrahmen, würden wir leicht sehen, dass eine Kultur der Freiheit die Trennung des Spirituellen vom Säkularen erfordert. Wir würden ebenfalls sehen, dass die Scharia – mit Geboten, die Freiheit und Gleichheit widersprechen, während sie grausame Strafen und den heiligen Krieg billigt – nicht gemäßigt ist. Folglich kann niemand, der die Scharia befürwortet, ein Gemäßigter sein, egal wie wohlmeinend und egal wie innig seine Überzeugung sein mag, dass dies Gottes Wille ist und egal wie hoch er in der Nahrungskette über Osama bin Laden stehen mag.

Stattdessen haben wir, unter Aufgabe der Vernunft, unseren eigenen Bezugsrahmen versenkt und durch den des durchschnittlichen Islam ersetzt. Wenn dieser rückwärts gerichtete Kompass unsere Richtschnur sein soll, dann sind Qaradawi und Rauf gemäßigt. Aber seien Sie sich im Klaren:

Wenn Sie vor der Autorität und dem Einfluss Qaradawis und Raufs kapitulieren, dann versetzen Sie einer sinnvollen Islamische Reform den Todesstoß.

Es gibt keinen moderaten Islam im durchschnittlichen moslemischen Leben, nicht im Sinne der Glaubenslehre. Es gibt Millionen moderater Moslems, die eine Reform begehren. Doch die Tatsache, dass sie eher wirkliche eine Reform suchen, als das, was Georgetown als Reform zu bezeichnen geruht, bedeutet, dass sie versuchen, etwas zu erfinden, was gegenwärtig nicht existiert.

Wirkliche Reform kann auch in einigen moslemischen Sekten gefunden werden. Die Ahmadi, zum Beispiel, haben einige unorthodoxe Ansichten und lehnen den gewaltsamen Dschihad ab. Sehen Sie was geschieht: Sie werden von Moslems in Pakistan, in Indonesien und anderen angeblichen Zentren der Mäßigung brutal verfolgt.

Unterdessen werden einzelne Moslemreformer als Apostaten gebrandmarkt, was nicht nur bedeutet, dass sie diskreditiert werden, sondern auch, dass ihr Leben bedroht ist. Das Signal an andere Moslems ist klar: Folgt dem Reformer und ihr werdet dieselbe Raserei erfahren. Wie es Qaradawi in dem Interview von 2005 darlegte, sind öffentliche Apostaten „die gravierendste Gefahr“ für die islamische Gesellschaft; deshalb müssen Moslems sie auslöschen, damit sich ihre Reformen nicht „wie ein Lauffeuer in einem Dornenfeld“ verbreiten.

Heute ist der „moderate Islam“ eine Illusion. Es gibt kaum einen Funken, noch weniger ein Lauffeuer. Um die Mäßigung Realität werden zu lassen, wird mehr von Nöten sein, als fromme Wünsche. Es verlangt nach einer Prüfung unseres Mutes, einer Bereitschaft, nicht nur al-Kaida zu trotzen, sondern auch den Qaradawis und ihrer Scharia-Kampagne. Es heißt zu sagen: Nicht hier.

(Übersetzung: La Valette)

Judenhatz in Berlin angekündigt

☒ Wie jedes Jahr findet der muslimische Fress- und Fastenmonat Ramadan auch dieses Jahr seinen traurigen Höhepunkt und Abschluss im weltweit begangenen Al-Quds Tag. Die vom iranischen Menschenschlächter Khomeini erfundene Hassdemonstration unterstreicht die Forderung der Mohammedaner nach Zerschlagung Israels und Tötung aller Juden – nach schiitischem Glauben die Voraussetzung für die Rückkehr des entrückten Imam, des dem jüdischen Messias nachgeahmten Mahdi. Auch in Berlin gehört der antisemitische Hassmarsch seit Jahren zu den Höhepunkten des multikulturellen Jahreszirkus.

Dieses Jahr findet der Hassmarsch der Mohammedaner unter traditioneller Teilnahme von Linkspartei und NPD-Anhängern am 4. September statt. Wie immer wird eine kleine Schar antifaschistischer Mitbürger am Wegesrand mit Israelfahnen den Restanstand des deutschen Volkes repräsentieren. Dazu [berichtet Israelnetz](#):

Seit 1979 folgen jährlich zum Ende des Fastenmonats Ramadan islamistische Organisationen weltweit dem Aufruf zum ‚Al-Quds-Tag‘ als Kampftag des politischen Islam“, heißt es in der Ankündigung. Ajatollah Chomeini habe nach der islamistischen Machtergreifung im Iran seine Anhänger zur weltweiten Ausbreitung der islamischen Revolution, zur „Befreiung“ Jerusalems und zur Vernichtung Israels aufgefordert. „Al-Quds“ ist die arabische Bezeichnung für die Stadt Jerusalem – es bedeutet „die Heilige“.

„In dieser Tradition verbreitet der Präsident der Islamischen Republik Iran, Mahmud Ahmadinedschad, seit Jahren Hasspropaganda gegen die USA und Israel“, schreiben die Initiatoren weiter. „Gleichzeitig unterstützt das Mullah-Regime mit Geld und Waffen antisemitisch ausgerichtete Terror-Organisationen wie Hisbollah und Hamas gegen Israel und seine Verbündeten, es leugnet den Holocaust, arbeitet an seiner atomaren Bewaffnung, ignoriert Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates und übt im Iran eine blutige Terrorherrschaft gegen die eigene Bevölkerung aus.“ Deshalb riefen sie zu einer Kundgebung gegen den antisemitischen und antidemokratischen „Al-Quds-Tag“ auf.

Die Demonstration steht unter dem Motto: „Protest gegen den Al-Quds-Tag: Gegen islamistische und antisemitische Propaganda auf Berlins Straßen – für die iranische Freiheitsbewegung“. Sie beginnt am 4. September um 14 Uhr an der Ecke Kurfürstendamm/Joachimstaler Straße. Zum Initiativkreis gehören unter anderen die Jüdische Gemeinde zu Berlin, die Deutsch-Israelische Gesellschaft in Berlin/Potsdam und der Bund der Verfolgten des Naziregimes Berlin e.V.

Ein Protest, der Mohammedanern wie den ihnen zuarbeitenden Multikulturalisten seit langem ein Dorn im Auge ist, lässt er doch den befohlenen Respekt vor der uns bereichernden Hasskultur des Islam vermissen. Mit Gewaltdrohungen versucht man daher, die Beleidigung der Rechtgläubigen durch den Anblick des Davidsterns zu unterbinden.



Im immer lesenswerten [islamkritischen Blog des iranischen Regimekritikers Tangsir](#) droht ein Ramadankrakeeler jetzt öffentlich mit einer gewalttätigen Judenhatz in Berlin – zum stilvollen Ausklang des mohammedanischen Hassmonats:

Solfikar mit der IP-Adresse 94.170.135.211 schreibt am 30. August 2010 um 17:39:

„als zeichen unserer zuneigung werden wir am gods tag in berlin, einigen von ihnen auflauern aus angemessener entfernung folgen und dannzuschlagen wenn der richtig moment gekommen ist, wir werden das auch in youtube dokumentieren. es wird blutig aber so professionell, das es lange zeit keine zionistenproteste geben wird. es wird keine polizei um euch geben also keine hilfe kommen um eure seelen zu retten.

Die Antwort auf diese Drohung kann nur sein, die pro-israelischen Gegendemonstranten nach Kräften zu unterstützen – trotz der Tatsache, dass darunter auch kommunistische Gruppen vertreten sind, die üblicherweise nicht zum Umgang bürgerlich-demokratischer PI-Leser gehören.

(Fotos: „Al Quds Tag“, Berlin 2009)



**Imam Ali wird Irans
Botschafter des Todes**



Einen Tag nach der Einweihung des Kraftwerkes Buschehr ([PI berichtete](#)), wo nur noch der erhobene Zeigefinger Wiener Atominspektoren den Iran vom Zugriff auf dort produziertes hochgiftiges Plutonium trennt, hat der islamische Gottesstaat eine neue Drohne vorgestellt.

Das selbstgebaute Fluggerät ist in der Lage, Bomben schnell über weite Strecken zu transportieren und abzuwerfen und wird der Welt als „Botschafter des Todes“ vorgestellt. Getauft ist es auf einen Namen des Imam Ali, der unmittelbar nach dem Tod seines Cousins, des falschen Propheten Mohammed, den ersten innerislamischen Krieg zwischen den späteren Schiiten und den Sunniten vom Zaun brach, der bis zum heutigen Tage Anlass zu blutigem Gemetzel gibt, wann immer gerade keine Ungläubigen zum Schlachten greifbar sind.

Die [Rheinische Post berichtet](#):

Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat am Sonntag die erste Drohne des Landes vorgestellt, die mit Bomben bestückt werden kann. Das im Iran hergestellte unbemannte Flugzeug könne verschiedene Bombentypen transportieren und mit hoher Geschwindigkeit „lange Strecken“ zurücklegen, berichtete das iranische Staatsfernsehen und zeigte Bilder des Flugträgers.

„Der Jet ist Botschafter des Todes für die Feinde der Menschheit“, sagte Ahmadinedschad in einer vom Fernsehen übertragenen Zeremonie. Die Reichweite der Drohne mit dem Namen Karrar, in Anspielung auf einen der Namen des Imam Ali, wurde indes nicht bekannt. Karrar sei das „Symbol für den Fortschritt der iranischen Verteidigungsindustrie“, zitierte

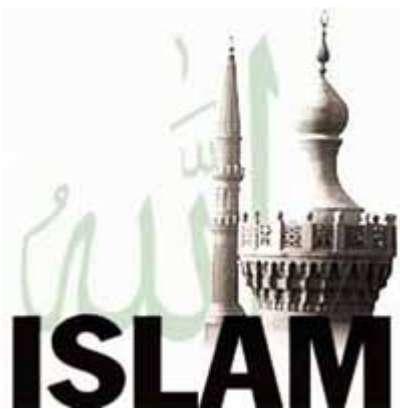
das Fernsehen auf seiner Internetseite zudem den iranischen Verteidigungsminister Ahmed Wahidi.

Vor wenigen Tagen hatte Wahidi bereits den erfolgreichen Test einer Boden-Boden-Rakete vom Typ Kiam bekanntgegeben. Es handele sich um ein sehr präzises Geschoss einer „neuen Klasse“ mit einer „einmaligen taktischen Leistungsfähigkeit“. Zum Zeitpunkt des Tests und zur Reichweite der Rakete machte Wahidi auch da keine Angaben.

Soweit der seriöse Teil der Nachricht. Es folgt der Hinweis, dass der Iran mit seinem Rüstungsprogramm auf die Bedrohung durch die USA und Israel reagiert. Deutscher Qualitätsjournalismus eben, von einer Zeitung, deren Redakteure inzwischen wegen der Berichterstattung über die Hintermänner der Islamschule von Mönchengladbach bereits [selber offen bedroht werden](#). Man kann aus Schaden klug werden – muss es aber nicht.

(Spürnasen: John A., Klaus S.)

Islam spielerisch entdecken



Salem Aleikum! Der Salam-Verlag hat ein Buch extra für die Zielgruppe Migrantennachwuchs herausgebracht. Es ist für Kinder, die angeblich besser

deutsch können als ihre Muttersprache, also offenbar in Kanacksch. Zielgruppe sind neben Kindern mit islamischen Wurzeln auch christlich geprägte, denen die Welt des Islams näher gebracht werden soll.

Ob auch die Vergewaltigung zwangsverheirateter kleiner Mädchen durch alte Knacker spielerisch erfahren wird, sagt der Beitrag nicht.

Ad hoc-News [schreibt](#):

Die ersten fünf Buchtitel erscheinen im Herbst.

Da stellt «Der kleine Hassan» Fragen zum Propheten Mohammed ebenso wie zu Jesus, dem islamischen Opferfest und Weihnachten. In «Fayzal der Krebsfänger» lernt ein Junge, mit seiner Erkrankung umzugehen. «Mein erstes Gebetbuch» führt mit heiteren Bildern spielerisch in die islamischen Gebetsrituale ein. Begleitet von einem Kätzchen, das sich ebenfalls an den Verbeugungen versucht. «Arabisch lernen mit Simsim» ist ein Lehrbuch für Grundschüler. Hier verfolgt die Didaktik neue Wege der Sprachvermittlung für in Deutschland aufwachsende muslimische Kinder. «Das Geschenk» vermittelt einem kleinen Jungen den Wert des Wortes, ob vom Großvater oder Propheten Mohammed gegeben, als besondere Gabe.

Für Salam-Verlagsleiter Ahmad Milad Karimi, der 2009 als erster den Koran poetisch und wortgetreu ins Deutsche übertrug und Herausgeber der Literatur- und Kunstzeitschrift «Kalliope» ist, bedeutet das neuartige Verlagskonzept «Pionierarbeit auf jeder Ebene», wie er betont. Ziel sei dabei nicht, «islamisches Gedankengut zu verbreiten», sondern «Muslime in Deutschland in ihrer eigenen Religiosität und Komplexität zu unterstützen»

Christian Zell, stellvertretender Leiter der städtischen Kindertagesstätte Pastorenweg in Bremen, in der «70 bis 80 Prozent meist islamische Migrationskinder» betreut werden, würde es «sehr begrüßen», wenn er mehr kindgerechte Literatur

zu islamischen Festen und interkulturellen Themen zur Auswahl hätte. Erinnert er sich doch, wie zum letzten Opferfest türkische Mütter des Kita-Beirats mit Selbstgeschriebenem von Gruppe zu Gruppe gingen, um den Kindern die Bedeutung des muslimischen Feiertags zu erklären.

Das finden wir toll, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, Kindern den Islam näherzubringen. Es ist ja geradezu eine Zumutung, dass moslemische Eltern das Gemetzel des Opferfestes selbst ihren Kindern erklären müssen!

Die Verlagsidee «ist mehr als überfällig», sagt Sineb El Masrar, Herausgeberin und Chefredakteurin der «Gazelle» in Berlin, dem einzigen interkulturellen Frauenmagazin für Migrantinnen. Die Tochter marokkanischer Einwanderer kennt bisher keine deutsche Kinderliteratur, die sich mit dem Leben in dem neuen Kulturkreis und besonders mit der «Integration muslimischer Mädchen» befasst. Das habe ihr selbst «oft auch gefehlt». Großen Bedarf für die Bücher macht die heute 29-Jährige nicht nur für Familien aus, sondern ebenso in Grundschulen und Kindergärten. Als Mitglied der Deutschen Islamkonferenz (DIK) sieht sie eine wichtige Aufgabe darin, erst einmal das Interesse an dieser Literatur zu wecken.

Bülent Uçar, deutsch-türkischer Professor für Islamische Religionspädagogik an der Universität Osnabrück und Autor des für deutsche Grundschulen entwickelten Lehrbuchs «Mein Islambuch», bemängelt, dass es hierzulande bisher «nur wenig Material» gebe, um das Zusammenleben von «Muslimen und Christen zu stärken». Der Wissenschaftler begrüßt die Verlagsgründung. Sie greife Themen der Islamkonferenz auf und komme seiner «Forderung entgegen», mehr «für die Normalität des Islams» in Deutschland zu tun.

Milad Karimi hat zur Begleitung seiner Verlagsidee einen «wissenschaftlichen Beirat» einberufen. Neben Sineb El Masrar, Bülent Uçar sowie der Mitverlegerin und

Islamwissenschaftlerin Nora Hodeige, konnte er den vielfach ausgezeichneten deutsch-irakischen Schriftsteller mit christlich-aramäischen Wurzeln Rafik Schami und den österreichischen Menschenrechtler Alfred Zauner gewinnen.

Um erstmal die kleine Auflage von 2000 bis 3000 Stück je Titel gezielt zu vermarkten, will Andreas Hodeige – Rombach-Verleger und Hauptegnier des Salam-Verlags sowie mehrerer Buchhandlungen – dahin liefern, «wo die Menschen sind». Dabei hat er deutsche und muslimische Schulen, Moscheen, Imame und Kindergärten im Blick. Nicht aber Buchhandlungen, denn seiner Erfahrung nach kommen muslimische Eltern nur selten dort hin, weil es bisher kaum kindgerechte Bücher mit islamischem Hintergrund in deutscher Sprache gibt.

Aha. Das ist also der Grund. Nicht etwa der, selbst gar kein deutsch zu können und des Lesens unkundig zu sein.

Enkheim: Baugenehmigung erteilt



Unter Vermeidung öffentlicher Aufmerksamkeit und gegen den Willen betroffener Bürger wurde im Frankfurter Stadtteil Bergen-Enkheim jetzt die Baugenehmigung für eine Moschee für afghanische Immigranten

erteilt (PI berichtete [hier](#) und [hier](#)). Protest kommt von den im Römer vertretenen Freien Wählern.

Presseerklärung der Freien Wähler Frankfurt:

Am 5. August 2010 hat die Bauaufsicht den Antrag des Afghanischen Gemeindezentrums genehmigt, in der Edisonstraße in Bergen-Enkheim ein dort befindliches ehemaliges Gewerbegebäude in ein Gemeindezentrum samt Moschee umzubauen. Öffentlich wurde das nun allerdings erst einen Tag nach der Sitzung des Ortsbeirats 16 für Bergen-Enkheim. Einmal mehr wurden damit nicht nur die Mitglieder des Ortsbeirats, sondern auch die unmittelbar betroffenen Anwohner von der renommierten privaten Frankfurter Musikwerkstatt sowie die Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils an der Nase herumgeführt.

Das Vorgehen des Magistrats steht in schreiendem Widerspruch zu allen Versprechungen städtischer Politiker und Behörden, bei Moscheeangelegenheiten sensibel und transparent vorzugehen. Was sich schon bislang um dieses Projekt an Vertuschungen, Widersprüchen und fadenscheinigen Begründungen abgespielt hat, ist schlimm, aber nun – kaum zu glauben – noch einmal negativ übertroffen worden.

Gut lachen hat allerdings der islamistische Kulturverein. Er hat sich angeblich vor einiger Zeit von dem als „Hassprediger“ eingestuften Imam, dessen Tätigkeit und Wirkung diese Gemeinde ja überhaupt erst ins Leben gerufen hat, „getrennt“, um von der Stadt die Genehmigung zu erhalten. Doch alles spricht dafür, dass diese „Trennung“ nicht aus Überzeugung geschah. Aber die Gemeinde hat bereits eine wichtige Frankfurter Lektion sehr erfolgreich begriffen: Wenn die „Vielfalt“-Freunde im Magistrat unbedingt auf Augenwischerei bestehen, dann sollte man ihnen den Gefallen auch tun. Frankfurt und Bergen-Enkheim, daran gibt es keinen Zweifel, werden kulturell und religiös bald sehr „bereichert“ werden.

(Spürnase: Hausener Bub)

Streit um Ground Zero-Moschee weitert sich aus



Es herrscht Wahlkampf in den USA. Es geht um nichts anderes als die Mehrheit im Kongress, der zur Zeit noch von Obamas linken (Post-)„Demokraten“ beherrscht wird. Da kommt ihnen der Skandal um die Errichtung einer 100-Millionen-Dollar-Moschee am Ground Zero, der sich innerhalb weniger Wochen von einer kommunalpolitischen Angelegenheit zu einer nationalen Streitfrage ausgeweitet hat, völlig ungelegen. Empfindet es doch eine 2/3-Mehrheit der Amerikaner, so die Umfragen, taktlos, unpassend und pietätlos, dass unweit der Trümmer von 9/11 ausgerechnet eine 11-stöckige Giga-Moschee als Zeichen des Triumphs über die „Ungläubigen“ die nahezu 3000 Todesopfer verhöhnt, die dort Opfer des weltweiten Jihad wurden.

Während die der Muslimbruderschaft nahestehenden Moschee-Bauherren sich beharrlich weigern, über die Finanzierung des Projekts Auskunft zu geben (Gerüchten zufolge stammt das Geld aus Saudi-Arabien und dem Iran) und der New Yorker Bürgermeister und Moscheebefürworter Michael Bloomberg eine Untersuchung darüber als „unamerikanisch“ ablehnt, kommen die demokratischen Bewerber um einen Sitz im Kongress zusehends in die Bredouille, fordern doch die Wähler eine klare Positionierung der jeweiligen Kandidaten dazu. Eine Petition

der Menschenrechtsorganisation [„ACT for America“](#) gegen eine Moschee am Ground Zero fand innerhalb kurzer Zeit mehr als 100.000 Unterzeichner. Selbst weitsichtige arabische Muslime, wie der Direktor des Fernsehsenders Al-Arabiya, [Abdul Rahman Al-Rashid](#), sehen mehr Schaden als Nutzen in der geplanten Moschee: „Ich kann mir nicht vorstellen“, schreibt er, „dass die Muslime eine Moschee genau dort wollen, weil sie unweigerlich zur Arena für Hassprediger und zum Denkmal für Verbrecher mutieren würde.“

Da hilft es auch nicht mehr, dass führende Politiker sowohl der Republikaner als auch der Demokraten den Geist wieder in die Flasche, nämlich auf die Ebene der Kommunalpolitik, zu bannen versuchen. Ein Kompromissangebot von Gouverneur Paterson auf einen anderen, weiter entfernten Bauplatz auszuweichen, lehnte Sharif El-Gamal, neben dem Imam Feisal Abdul Rauf einer der beiden Initiatoren der Megamoschee, entrüstet ab. So stellt er sich auf den Standpunkt der Hamas-Führung, die unlängst erklärte, sie hätten das Recht „überall“ Moscheen zu bauen. Konsequenterweise weigert sich Rauf beharrlich, die Terrororganisation Hamas (auch ein Ableger der Muslimbruderschaft) denn auch als solche zu bezeichnen.

Abgesehen davon, dass bezweifelt werden darf, dass ein tatsächlicher Bedarf für eine Moschee in einem reinen Geschäftsviertel, in dem nur wenige Leute wohnen, besteht, empfinden auch viele Amerikaner, die ansonsten dem Islam und Moscheen gleichgültig bis wohlwollend gegenüber stehen, die Ground Zero-Moschee als einen Affront.

Ein Bündel von rechtsstaatlich zweifelhaften Maßnahmen soll nun die „Demokraten“ vor dem Absturz retten:

– Die Nachrichtenagentur AP wies ihren Mitarbeiterstab an, den Begriff Ground Zero-Moschee [nicht mehr zu verwenden](#), sondern statt dessen künftig von der „New York-City-Moschee“ zu schreiben. So wird einerseits der Eindruck erweckt, es gäbe es in New York-City für die armen Mohammedaner ja keinerlei

Moscheen (es gibt derer unzählige) und sie wären einzig auf diese angewiesen. Andererseits soll damit jeglicher Zusammenhang mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ausgeblendet werden.

– Gegen die Initiatoren einer Kampagne (Pamela Geller und Robert Spencer), die mittels [Werbebanner auf zwanzig innerstädtischen Bussen](#) auf den Skandal aufmerksam machte, wurde eine ganze Serie verleumderischer (und sachlich falscher) [Berichte](#) und [Kommentare](#) in den großen Tageszeitungen platziert, die den Anschein erwecken sollen, die bürgerlichen Proteste gegen die Ground Zero-Moschee seien „bigottisch“ motiviert bzw. eine republikanische (jüdische?) Verschwörung, um Obama zu schwächen, von dem mittlerweile fast jeder fünfte Amerikaner glaubt, er sei Muslim.

– Eine kleine griechisch-orthodoxe Kirche, die bei den 9/11-Anschlägen im Schatten des World Trade-Centers völlig zerstört wurde, darf aufgrund einer Entscheidung der Behörden dagegen [nicht wieder aufgebaut](#) werden. Eine Berichterstattung darüber findet kaum statt.

– Nancy Pelosi, die „demokratische“ Sprecherin des Kongresses fordert einen Untersuchungsausschuss zur [Überprüfung und Offenlegung der Finanzierung der Proteste](#) gegen die Ground Zero-Moschee. Sie erklärte: „Es gibt eine konzertierte Aktion interessierter Kreise, um hieraus ein Politikum zu machen.“

Kein Wort darüber, wer die 100-Millionen-Dollar-Moschee finanzieren soll, keine Untersuchung darüber, wer die Drahtzieher sind und welche Verbindungen zu terrorunterstützenden Organisationen bestehen. Nein, es soll auf Steuerzahlerkosten untersucht werden, wer die Spender der SIOA-Kampagne, die nach [Spencers Angaben](#) insgesamt nur 11.500 \$ gekostet hat, sind. Robert Spencer berichtet auf „Jihadwatch“, dass die Busaufkleber weitgehend durch 10\$- und 20\$-Spenden finanziert wurden. Was also soll eine aufwendige Untersuchung bringen? Vielleicht möchte man von interessierter

Seite herausfinden, dass unter den 20\$- Spendern womöglich auch zwei oder drei jüdische Geschäftsleute sind, um damit beweisen zu wollen, dass hinter den Protesten gegen die Ground Zero-Moschee tatsächlich das „internationale Finanzjudentum“ stecke?

Ist das nun lächerlich oder absurd? Oder nur nackte Verzweiflung angesichts der geplanten SIOA-Demo am 11. September am Ground Zero, zu der neben Angehörigen der Opfer unter anderem auch Geert Wilders als Gastredner sprechen wird? Ist das womöglich der Anfang vom Ende von Obamas Präsidentschaft?



Bayern-SPD: “Verzicht” auf Milli Görüs-Einladung



Nachdem bekannt geworden war, dass die SPD zu ihrem Fastenbrechen in München am 2. September unter anderem Milli Görüs eingeladen hatte ([PI berichtete](#)), rudern die

bayerischen Sozialdemokraten nun zurück. Die neben dem Chef der bayerischen SPD-Fraktion, Markus Rinderspacher, für diese Einladung zuständige Abgeordnete Isabell Zacharias (Foto), erklärte jetzt gegenüber dem [Münchner Merkur](#), die SPD „verzichte“ auf die Einladung der Milli Görüs, während man an der für den Imam Idriz „aus Solidarität“ festhalte. Die Einladung an die Milli Görüs hatte Bayerns Innenminister Herrmann (CSU) zu der Frage veranlasst, ob die SPD demnächst auch „Weihnachten mit Neonazis und Scientologen feiern“ wolle.

Erstaunlich ist schon, dass die Bayern-SPD auf ein Essen mit Milli Görüs verzichtet, was bedeutet, dass sie von ihrem eigentlichen Wunsch abweicht, denn nichts anderes ist ein „Verzicht“. Wer ein humanistisches Weltbild hat, dem kann in Gegenwart von Milli Görüs genau wie in der von Neonazis nur der Appetit vergehen. Es lässt tief blicken, wenn es für Zacharias einen Verzicht bedeutet, mit solchen Menschen nicht auf Kosten des Steuerzahlers zu tafeln.

Schon die Behauptung von Zacharias anlässlich des Verzichts auf die Milli Görüs-Einladung, man lade „nur Muslime aus dem demokratischen und unzweifelhaft rechtsstaatlichen Bereich“ ein, lässt erkennen, dass Zacharias das eine sagt und das andere tut. Ansonsten ist nicht erklärbar, dass die SPD Imam Idriz einlädt, der seit Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Es mag Zacharias zugestanden sein, dass sie den Ergebnissen dieses Berichts nicht folgt, wenn man auch – wie von den anderen Zweiflern – ebenfalls nicht hört, *warum* man die Ergebnisse ablehnt. Es entsteht der Eindruck, dass [nicht sein kann, was nicht sein darf](#). Denn über jeden Zweifel erhaben ist Idriz keineswegs! Zacharias sieht sich wohl eher angesichts ihrer Erklärung, die sie wie die anderen Unterzeichner in [blinder Solidarität](#) mit Idriz abgegeben hat, in der Pflicht.

Aber selbst wenn man angesichts der Weisungen, die Idriz per Telefon von El-Zayat erhält, aus Verblendung nicht erkennen wollte, mit wem der Imam hier zusammen arbeitet, so kann man

sogar von Zacharias und Rinderspacher erwarten, dass es eben nicht unumstritten ist, ob Idriz' Ansinnen unzweifelhaft einer Gesellschaft gilt, die auf einem rechtsstaatlichen Fundament ruht.

Der Spiegel schreibt zur Verbindung El-Zayat/Idriz unter anderem (Unterstreichungen durch PI):

Im August 2007 etwa relativierte Idriz nach Interventionen von Zayat prompt eine Erklärung zur Verfassungsfeindlichkeit der IGMG (Millii Görüs, Ergänzung PI), die er tags zuvor im Innenministerium abgegeben hatte. Als der "Münchner Merkur" die Erklärung zitierte, und Üçüncü Zayat darüber am Telefon informierte, platzte dem offenbar der Kragen.

"Was empfiehlst du mir?"

"Was für ein Schwachkopf", schimpfte Zayat über Idriz, und: "Idiot. Ich hatte so lange mit ihm gesprochen. Das ist ja nur noch peinlich. Ich werde ihm jetzt drei bis vier Geldquellen schließen." Noch am selben Abend stellte Zayat den Imam aus Bayern zur Rede. Idriz beklagte sich, er wisse nicht, was er jetzt machen solle. Wenn er die Erklärung zurücknehme, bekomme er Probleme mit der Regierung.

Idriz: "Was empfiehlst du mir?"

Zayat: "Das Richtige zu sagen. Du musst wissen, wofür du stehst. Wenn du gemeinsam mit dem Innenministerium der Meinung bist, dass die IGMG verfassungsfeindlich ist, dann kannst du aber nicht damit rechnen, dass dir islamische Organisationen in Zukunft helfen."

(...)

Idriz: "Ich bin ja deiner Meinung. Was soll ich denn tun?"

Zayat: "Du musst das richtigstellen. Du kannst ja sagen, dass du sie nicht unterstützt. Aber du kannst nicht sagen, dass sie verfassungsfeindlich sind."

Idriz: "Aber ich habe es doch schon unterschrieben."

Zayat: "Dann hast du es eben nicht verstanden."

"Völlig absurd"

Die Strafpredigt zeigte Wirkung. Am nächsten Tag erklärte die Penzberger Gemeinde, sie distanzieren sich von extremistischen Bestrebungen, man könne sich jedoch nicht die Kompetenz zur Beurteilung der Verfassungskonformität bestimmter Organisationen anmaßen. Ein Text, wie Zayat ihn gewünscht hatte.

Der Imam Idriz also, den der bayerische Innenminister Joachim Herrmann [einen Lügner nennt](#) und der auf Zuruf durch El-Zayat von der Verfassungsfeindlichkeit der Milli Görüs nicht mehr beurteilen können wollte, steht demnach auf dem Boden des Grundgesetzes, die Milli Görüs aber nicht? Ebenjene Milli Görüs, die verfassungsfeindlich ist, was Idriz nicht zu erklären in der Lage ist.

Es stellt sich auch die Frage, wer denn an dem zweiten Iftar-Termin teilnimmt. Der Verzicht auf die Einladung der Milli Görüs betrifft den Termin am 2. September in einem Münchner Lokal, bei dem der Steuerzahler die Ehre haben wird, die Rechnung zu übernehmen. Aber es befindet sich im [Kalender von Zacharias](#) nach wie vor der Termin vom 28. August in der Moschee Freimann – anscheinend auch nicht unbedingt [über jeden Zweifel](#) bezüglich der Verfassungstreue erhaben. Sollte dort – im Kreise der Verfassungsfreunde – auch Milli Görüs an der Tafel Platz nehmen? PI wird darüber berichten.



Scheich ruft zu Dschihad gegen Christen auf



Scheich Tobah, Imam des ägyptischen Dorfes Shimi, hat im Freitagsgebet zum Dschihad gegen die koptischen Christen aufgerufen. Die örtlichen Christen wurden daraufhin zwei Tage lang verfolgt. Elf Kopten wurden [krankenhausreif geschlagen](#), christliche Jugendliche wurden festgenommen.

Hintergrund des Dschihads ist ein Streit, der zwischen einem christlichen Taxifahrer, der gerade dabei war, sein Auto zu waschen, und einem Moslem ausgebrochen ist. Der Moslem griff den Taxifahrer an, war aber, nachdem Passanten ihn aufhielten, selbst so beleidigt, dass er mit seiner ganzen Sippe zum Prügeln bei der Familie des Christen vorbeiging – aber erst nach Sonnenuntergang, weil der Ramadan eingehalten werden muss. In einem Radiointerview sagte der christliche Taxifahrer:

„Sie haben uns erniedrigt. Wir wurden verprügelt und konnten nichts dagegen tun. Wir waren schwach und hilflos und dazu gezwungen, die Versöhnung zu akzeptieren. Als nächstes werden sie zu uns nach Hause kommen und unsere Frauen vergewaltigen

und wir werden nichts dagegen tun können.“

Zwei Wochen vor den Vorfällen sollen fremde Männer im Dorf aufgetaucht sein, die gegen die Christen Stimmung gemacht hätten. Interessant ist ihre Beschreibung: Nachthemdenkleidung und lange Bärte...

(Spürnase: [Daniel Katz](#))

Ground Zero-Moschee: Obama macht Rückzieher



US-Präsident Barack

Obama hat seine zunächst geäußerte Unterstützung für die Moschee am Ground Zero in New York ([PI berichtete](#)) nach massiven Protesten der 9/11-Opferverbände relativiert. In Florida sagte Obama am Samstag, er habe lediglich das Recht der Muslime betont, wie alle anderen auch ihre Religion auszuüben.

Die [Welt](#) berichtet:

US-Präsident Barack Obama hat sich nach langem Zögern in die Debatte um den umstrittenen Bau einer Moschee an New Yorks Ground Zero eingeschaltet. Nachdem er das Projekt zunächst unter Hinweis auf die Religionsfreiheit unterstützte,

relativierte Obama seine Äußerungen nach scharfer öffentlicher Kritik.

Der Präsident hatte anlässlich eines Essens zum Fastenbrechen im Ramadan im Weißen Haus noch erklärt: „Muslime haben das Recht, ihre Religion auszuüben, wie jeder andere in diesem Land“. Einen Tag drauf sagte er: „Ich werde die Weisheit der Entscheidung nicht kommentieren, eine Moschee dort einzurichten.“

Das Recht zur freien Religionsausübung dürfe durch nichts erschüttert werden, sagte der Präsident. „Das schließt das Recht auf den Bau eines Gotteshauses und eines Gemeindezentrums auf Privatgrund in Lower Manhattan ein, solange es den örtlichen Gesetzen entspricht.“ Obama verwies auf den ersten Zusatz zur amerikanischen Verfassung, der die Religionsfreiheit garantiert und eine Diskriminierung aus religiösen Motiven verbietet.

Die "Welt" schreibt weiter:

Vor allem Konservative, aber auch Opferverbände hatten auf die Unterstützung des Präsidenten mit scharfer Kritik reagiert. „Barack Obama hat Amerika an einem Ort verlassen, wo das Herz Amerikas vor neun Jahren gebrochen wurde, und wo ihre wahren Werte für alle zu sehen waren“, erklärte am Samstag Debra Burlingame von der Organisation „9/11 Families for a Safe & Strong America“ (Familien des 11. September für ein sicheres und starkes Amerika). Nach einer Umfrage des Fernsehsenders CNN lehnen 68 Prozent der US-Bürger den Bau der Moschee ab. 29 Prozent befürworten ihn.

Eine Umfrage, die FoxNews veröffentlichte, kommt zu ähnlichen Ergebnissen, zeigt aber deutlich besser die Konfliktpunkte auf: Auf die Frage, ob es angemessen sei, in der Nähe von Ground Zero eine Moschee zu erbauen, äußern 30% es sei angemessen, während 64% das nicht so sehen, und lediglich sechs Prozent hierzu keine Meinung haben. Auf die Frage

jedoch, ob die Muslime ein Recht haben, die Moschee in der Nähe von Ground Zero zu bauen, sagen 61% das Recht haben sie, während dieses Recht von 34% bestritten wird. Hier sind es 5% Unentschiedene.

Nachdem Obama sich aber nun einmal in die Debatte eingemischt hatte, wollte er sich genau zu dem Punkt, der von Interesse ist und der ihm die harte Kritik eingebracht hat, nicht mehr äußern: Warum wird die Moschee, die im Übrigen eine von [über 100 Moscheen in New York City](#) (!) wäre, genau an diesem Ort gebaut?

Es wäre auch interessant zu erfahren, warum der Imam das Angebot nicht annimmt, die Moschee auf einem öffentlichen Grundstück in New York zu errichten, das vom Ground Zero weiter entfernt ist? ([PI berichtete](#)).

Auch äußerte sich Obama nicht dazu, dass der Imam die USA für die Anschläge vom 11. September 2001 mitverantwortlich macht. Da Obamas langjähriger Priester und geistiger Mentor Jeremiah Wright den USA das gleiche unterstellt, dürfte ihm diese Behauptung nicht einmal negativ aufgefallen sein. Warum sich Obama aber auch nicht zu der Sichtweise des Imams bezüglich Scharia äußert, da er sich schon einmal in die Debatte eingemischt hat, macht doch stutzig. Obama äußert sich lieber zu dem Aspekt, der am wenigsten umstritten ist, um dann nichts mehr zu sagen, wenn es schwierig wird.

Dieser Moscheebau hat und wird noch mehr „Westler“ davon überzeugen oder vielmehr ihnen vor Augen führen, dass eine Moschee nicht nur ein Gotteshaus ist. Seit Jahrtausenden drückt der Mensch über Architektur seine Botschaften an seine Mitmenschen aus. Und so wie die Terroristen um die Signalwirkung der Twin Tower des World Trade Centers wussten, so weiß der Imam vom Ground Zero um die Botschaft der von ihm geplanten Moschee. Man könnte ihm auch dankbar sein, wievielen er damit nun endgültig beigebracht haben dürfte, für was eine Moschee steht. Sie ist in Stein gewordener Herrschaftsanspruch

und Zeichen des Triumphes oder wie es der [türkische Ministerpräsident Erdogan](#) ausdrückt:

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“

- » PI vom 7.6.: [5000 Demonstranten gegen Megamoschee in NYC](#)
- » BILD: [Zehn Gründe, warum Obamas Stern so schnell sinkt](#)

Bayern-SPD: Iftar-Essen mit Idriz und Milli Görüs



Die SPD-Fraktion im

Bayerischen Landtag lädt [laut Münchner Merkur](#) Muslime und muslimische Verbände zu einem Iftar-Essen ein. Das gemeinsame Fastenbrechen soll am 2. September stattfinden. Die Kosten wird die SPD voraussichtlich vom Steuerzahler tragen lassen, der auf diesem Wege so illustre Gäste wie die Vertreter von Milli Görüs und Imam Idriz (Foto m.) aus Penzberg bewirtet. Neben dem Chef der SPD-Fraktion, Markus Rinderspacher (l.), lädt auch die SPD-Abgeordnete Isabell Zacharias (r.) ein.

Die Veranstaltung wird in einem Münchner Lokal stattfinden, nachdem nach internen Diskussionen in der SPD Zacharias davon absah, in das Parlamentsgebäude Bayerns, das [Maximilianeum](#),

einzuladen. Die SPD wird zwischen 30 und 60 Gäste bewirten.

Um sich als Gastgeber auf diese einzustellen, hätten der Fraktionschef und die Abgeordnete den [Verfassungsschutzbericht 2009](#) lesen können, in dem es unter anderem heißt:

Führende Funktionäre der extremistischen islamischen Verbände IGD (Anmerkung PI: Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.) und IGMG (Anmerkung PI: Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.) stehen im Verdacht, neben der Begehung diverser anderer Straftaten auch den internationalen Terrorismus finanziell zu unterstützen.

Doch das ficht Rinderspacher und Zacharias wohl nicht an, denn:

Man wolle ein politisches Signal setzen, „dass das genauso normal ist wie Weihnachten“, sagte Zacharias. So eine Veranstaltung anzubieten, sei selbstverständlich und ein Beitrag zum Miteinander über Glaubensgrenzen hinweg. Das Fasten im Monat Ramadan gehört zu den wichtigsten Geboten des Islam.

Es ist gut, dass die SPD das politische Signal von Normalität setzt, wenn sie beginnt, sich an die schariatischen Gebote zu halten, bei deren Übertretung man andernorts – und nicht nur in Saudi-Arabien – [empfindlich bestraft wird](#). Schließlich legen ihre Gäste laut Verfassungsschutzbericht gerade auf diesen Aspekt des „Miteinanders“ ein ganz besonderes Augenmerk. So heißt es weiter im Verfassungsschutzbericht:

Die Islamisten geben sich nach außen offen, tolerant und dialogbereit, verfolgen aber insgeheim weiterhin das Ziel einer islamistischen Parallelgesellschaft unter dem Recht der Scharia in Deutschland.

In diesem Kreis darf der Penzberger Imam Idriz nicht fehlen.

Schließlich ist man als Abgeordnete der SPD auf Seiten der Unterdrückten – und wenn es sein muss, bis zu dem Tag, an dem diese dann endlich alle anderen unterwerfen können. So erklärte Zacharias dies gemäß Münchner Merkur zum Zeichen der Solidarität, die ihr wichtiger scheint als die Loyalität zur Verfassung.

Auch die Gästeliste hat es in sich. Zacharias lud unter anderem die ins Visier von Justiz und Verfassungsschutz geratene Organisation Milli Görüs ein. Sie holt zudem Penzbergs Imam Benjamin Idriz an den Tisch, dem das Innenministerium Kontakte zu Radikalen vorwirft. Zacharias sieht auch das als Zeichen der Solidarität mit Idriz.

Über die Islamische Gemeinschaft Penzberg (IPG), deren Imam Idriz ist, schreibt der bayerische Verfassungsschutz:

Die IGP ist eine Organisation, die in Verbindung mit den islamistischen Organisationen Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) und Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) zu sehen ist.

Die IGD wiederum gilt als deutsche Zentrale der ägyptischen [Muslimbruderschaft](#). Der Vorsitzende der IGD ist Ibrahim El-Zayat, mit dem Idriz schon mal ganz gerne am [Telefon plauscht](#), aber dass dann nicht mehr so recht wissen will. Der bayerische Innenminister wirft Idriz aufgrund verschwiegener bzw. geleugneter Kontakte sogar vor, [ein Lügner zu sein](#). Mit so jemanden muss man sich einfach solidarisieren.

Rinderspacher und Zacharias vertrauen lieber den wohlfeilen Worten ihrer Gäste, die am 2. September bestimmt einmal mehr um die Schlemmerplatte vereint sitzend versichern werden, welch gesetzestreuen Bürger dieses Landes sie doch sind.

IGMG und IGD sind extremistische Organisationen aus dem Bereich des politischen Islamismus, die eine Doppelstrategie

verfolgen. Während sie sich nach außen offen, tolerant und dialogbereit geben, verfolgen sie – für Außenstehende meistens nicht erkennbar – das Ziel einer islamistischen Parallelgesellschaft in Deutschland, mit eigener Rechtskompetenz und unter allumfassendem Geltungsvorrang der Scharia. Dabei ist es für die Islamisten kein Widerspruch, sich vordergründig zum Grundgesetz zu bekennen, da sie über das Grundrecht auf Religionsfreiheit den Einstieg zur Umsetzung ihrer Pläne sehen. Hierfür bedienen sie sich des „Gangs durch die Instanzen“ und suchen Unterstützer in nicht-islamischen Kreisen.

In der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag waren sie damit anscheinend erfolgreich.

UPDATE: Nach Prüfung des Terminkalenders der SPD-Abgeordneten Isabell Zacharias ergibt sich, dass es neben dem dem Iftar-Essen am 2. September noch ein weiteres Fastenbrechen vereinbart wurde. Dieses findet am [28. August im Islamischen Zentrum Freimann](#) statt; Sitz der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD).

Screenshot der Website von Zacharias:



- » markus.rinderspacher@bayernspd-landtag.de
- » isabell.zacharias@bayernspd-landtag.de

FAZ für Ground Zero Moschee



Peter Hammel (Foto), der unter dem Pseudonym Jordan Mejias (J.M.) für die FAZ als Kulturkorrespondent in den USA tätig ist, [empört sich](#) in bekannter Manier der Mainstream Medien über die Auseinandersetzungen zum geplanten Moscheebau am Ground Zero, aber auch in den USA allgemein. Aber Hammels Artikel hat etwas besonderes, er ist in einem Teil zum Brüllen komisch – wenn auch ungewollt.

Zunächst einmal ist Hammel alias Mejias recht zu geben, wenn er meint, so mancher Kritiker des Moscheebaus am Ground Zero wolle grundsätzlich keine Moschee haben. Was der Kulturkorrespondent übersieht, ist, dass umgekehrt auch ein Schuh daraus wird. Denn so mancher Kritiker, der zunächst ausschließlich gegen die Moschee am Ground Zero ist, dürfte zu einem Kritiker des Islam an sich werden. Wie alle Islamkritiker ein Ereignis nennen können, das sie dazu veranlasste, sich eingehend mit dem Islam auseinanderzusetzen, so wird für viele dieses Vorhaben der auslösende Moment sein.

Viele, die zunächst einmal dem Islam neutral bis gleichgültig gegenüber stehen, werden aufgrund des gewählten Bauplatzes für die Ground Zero-Moschee sich erstmals überhaupt kritische Gedanken zu einer „Religion“ machen, die auf den Grabhügeln ihrer Opfer als Geste des Triumphs ein Symbol ihres

Eroberungsdranges errichtet. Anders als wohl Hammel, der mit keinem Wort darauf eingeht, warum der Imam vom Ground Zero denn nun ausgerechnet dort seinen Mega Moscheebau errichten will, werden von der tieferen Absicht, die dahinter steckt, nun noch überzeugter sein. Jetzt, da der Imam ein Angebot des Gouverneurs von New York, David Paterson, ihm ein Grundstück der öffentlichen Hand in New York zur Verfügung zu stellen, das weiter von Ground Zero entfernt ist, ablehnte. Paterson deutete an, der Imam habe ihn noch nicht einmal zugehört.

Dass sich zu denen, die (zunächst) einmal nur gegen den gewählten Bauplatz für die Moschee sind, auch noch die zum gemeinsamen Protest gesellen, die dem Islam grundsätzlich ablehnd gegenüber stehen, mag Hammel bedauern. Aber er sollte sich zumindest überlegen, durch wen die Ursache für Anwachsen der Anzahl der Islamkritiker gesetzt wurde.

Möglicherweise auch durch solche Gutmenschen wie den Sprecher des State Departement in dem obigen Video, der auf die Frage, ob der Imam die vom Steuerzahler spendierte Reise ([PI berichtete](#)) nicht dazu benutzen könnte, eine Geldsammeltour für sein Projekt zu machen, anstatt für den American way of Life zu werben, sagt: Das verstieße gegen unsere Regeln! Außerdem bezeichnet er den Imam vom Ground Zero als einen [„Moderaten“](#)!

Hammel kümmert sich um solche Details nicht, sondern ereifert sich lieber darüber, dass die „erkonservative“ Bloggerin Pamela Geller die „hetzerische Kampagne“ anführe. Für Hammel ist nicht das Argument, das zählt, sondern er zeigt nur auf, wer die Moscheegegner seiner Meinung nach sind. In seinem Weltbild ist dies schon genug, um zu dokumentieren, dass diese falsch liegen müssen:

Und in anderen, viel drastischeren Worten wollen sie genau das wissen, die evangelikalen Christen und politischen Extremisten und opportunistischen Wahlkämpfer und

selbsternannten Patrioten, die gegen den Moscheebau derart lautstark Stimmung machen. „Moscheen sind Monumente des Terrorismus“, steht auf den Schildern, die sie am Straßenrand hochheben, und: „Stop Islam“.

Es ist nicht ganz klar, wie außer durch Selbsternennung man zum Patriot wird. Aber Hammel als Kulturkorrespondent der FAZ weiß möglicherweise von einem Kurs der Volkshochschule seiner Residenzstadt New York, der zwingend notwendig absolviert werden muss, bevor man sich „Patriot“ nennen darf. Und völlig unverdient ist natürlich der Vorwurf, Moscheen seien Monumente des Terrorismus. Weiß doch jeder, dass manche der Attentäter des 11. September sich regelmäßig in der vor wenigen Tagen (endlich!) [geschlossenen Moschee in Hamburg](#) trafen und dort von dem Imam händeringend gebeten wurden, von ihrem Vorhaben abzulassen. Sollte also Hammel der Meinung sein, das Attentat sei trotz des Besuchs der Moschee ausgeführt worden?

Die Zeiten, als Verkehrsprobleme, der Mangel an Parkplätzen und die potentielle Störung der Stadt- und Vorstadtruhe zu den beliebten Einwänden gehörten, sind vorbei. Muslime werden offen angefeindet, ihnen wird vorgeworfen, Amerika zu unterwandern und in eine Nation verwandeln zu wollen, in der die Scharia die Verfassung außer Kraft setzt. [...] Demonstranten und ihre Hunde, die sie einfühlsam mitgebracht haben, weil Muslime in ihnen unsaubere Tiere sehen, mögen sich mit doppelt so vielen Gegendemonstranten vor allem Schreigefechte liefern. Aber allein dass es dazu kommt, ist für viele Amerikaner eine verstörende Erfahrung.

Das ist natürlich eine Provokation, zu einer Demonstration Hunde mitzubringen. Möglicherweise hat sich der ein oder andere der „Hetzer“ eigens einen Hund angeschafft, nur um die Muslime zu beleidigen. Es wäre allerdings auch im Bereich des Möglichen, dass der ein oder andere so auf einen Fakt

aufmerksam machen wollte: Muslime verlangen anderen einen Lebensstil ab, der sie nicht beleidigt. Und so möchte der ein oder andere selbsternannte amerikanische Patriot nicht abwarten, bis ihm sein Lebensstil streitig gemacht wird, in dem ihm das Leben mit Hund erschwert wird, weil es eine „Beleidigung“ der Muslime darstellt, so wie das in Großbritannien schon der Fall ist.

Natürlich kämpfen Wissenschaftler auf verlorenem Posten, wenn sie mit Argumenten die Wogen glätten wollen, also etwa die Ergebnisse einer an der Duke University und der University of Carolina durchgeführten Studie vorlegen, nach denen die Gründung von Moscheen in Amerika als gezielte Schwächung des militanten Islam zu begreifen sei.

Nur mehr Islam verhindert Islamismus, der wiederum nichts mit dem Islam zu tun hat. Sollte das das „Argument“ sein? Zumindest hat Hammel das, was dem Islam vollkommen fehlt: Humor!

Süddeutsche wettert gegen Wilders



Der Journalist Thomas Kirchner widmet sich in

einem [SZ-Kommentar](#) der Tolerierung der Minderheitsregierung durch Geert Wilders. Der PVV-Chef sei – oh Graus – mitbestimmend, obwohl seine Partei keinen Minister im Kabinett stellt. Kirchner bezeichnet dies als Traumkonstellation für Wilders. Damit mag er sogar Recht haben. Wo er nicht Recht hat, ist mit dem immer wiederkehrenden Vorwurf, Wilders wende sich gegen Muslime.

Zumindest wurde der Vorwurf des Hetzens auf „Wettern gegen Muslime“ abgemildert. Gleichgültig wie oft Wilders noch darstellen wird, dass er sich gegen den Islam, aber nicht gegen Muslime positioniert, werden [die Kirchners dieser Welt](#) mit dieser Propagandalüge fortfahren. Ansonsten müsste man auch bei der *Süddeutschen* über die Inhalte diskutieren – und wie wollte man das? Weiß man doch – oder ahnt es zumindest – dass man da auf nichts Erfreuliches stoßen würde.

Und so führt Kirchner in der als Kommentar getarnten Pressemitteilung des niederländischen Sozialdemokraten Job Cohen für seine Propagandalüge des „Wetterns gegen Muslime“ Wilders Teilnahme an der Demonstration am 11. September am Ground Zero gegen die geplante Moschee ([PI berichtete](#)) als Nachweis an. Leider verschweigt er dem Leser, wer hinter dem Moscheebauprojekt steht und welche „liberalen“ mit der Ausrichtung der *Süddeutschen Zeitung* sicherlich deckungsgleichen Ansichten von dem Imam vom Ground Zero vertreten werden.

Kirchner übersieht auch die Pointe, dass die Kriegsreligion Islam dort um die 3.000 Menschen in den Tod geschickt hat, wo sie nun ihre triumphale Moschee bauen möchte. Er vergisst auch zu erwähnen, dass es islamische Tradition ist, auf den Trümmern der eroberten Gebiete Moscheen zu errichten.

Dafür schweift er von der Minderheitsregierung in den Niederlanden ab, um auf andere Konstellationen in Europa zu verweisen. Dabei wirft er aber alles in einen Topf und rührt mit dem Ideologiemixer einmal kräftig durch, um dann den

etablierten Parteien zu einer Gegenstrategie zu raten. Nicht dass er eine hätte, die über falsche Behauptungen in der SZ hinausreichen, aber die Parteien sollen sich damit beschäftigen und dieses als Gefahr erkennen.

Das wäre eigentlich ein guter Appell an Kirchner. Auch er sollte Gefahren erkennen, dazu wäre das Lesen des Korans ein erster guter Schritt, auch wenn es nicht unbedingt eine angenehme Lektüre ist für jemand, der bislang im Wolkenkuckucksheim lebt.

US-Außenministerium spendiert Imam-Reise



Das amerikanische Außenministerium zahlt nach einer [Meldung von FoxNews](#) amerikanischen Muslimen Reisen in die islamische Welt, damit diese dort um Verständnis für die amerikanische Gesellschaft und die Rolle der Religion in ihr werben. Neuester Nutznießer dieser Reisetätigkeit auf US-Steuerzahlerkosten ist der Imam vom Ground Zero, [Feisal Abdul Rauf](#) (Foto). Er wird alsbald mit dem [Dschizya-Geld](#) der Ungläubigen eine Werbetour für ~~den triumphalen Bau der Ground Zero-Moschee~~ die amerikanische Gesellschaft unternehmen.

Das bietet sich aus Sicht des Pressesprechers des State

Departement, P.J. Crowley, geradezu an, denn schließlich sei der Imam, der sich weigert, die Hamas als Terrororganisation zu betrachten, ein „herausragender“ Kleriker. Außerdem sei dies ganz normal, schließlich sende man immer wieder Muslime um die Welt, damit diese für die USA Werbung machten.

Und so wird auch der „herausragende“ Kleriker, der, wenn nicht für die USA, dann doch für die Einführung der Scharia wirbt, mit Steuerzahlergeld voraussichtlich nach Saudi-Arabien, Abu Dhabi und in die Vereinigten Arabischen Emirate reisen. Solche Reisen in das [Haus des Islams](#) haben auf diesem Wege – so das State Department – schon viele, viele Führungsfiguren der muslimischen Gemeinschaft in den USA im Sinne der guten Sache auf sich genommen. Diese Reisen sollten für Verständnis gegenüber den USA werben, was in den überwiegend islamischen Ländern auch als Entgegenkommen aufgefasst werden sollte.

Dass dies ganz hervorragend funktioniert, zeigen die ständig wiederkehrenden Bilder aus der muslimischen Welt, deren Bewohner ihre große Zuneigung für den Westen im Allgemeinen und die USA im Besonderen durch Entzünden von Freudenfeuern dokumentieren. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, werden dabei auch die Flaggen der Sympathieträger verbrannt.

Dies hat im Falle der dänischen Muslime auch ganz hervorragende Resultate gezeitigt. Nur wenige Monate nach deren Reise zeigte sich die spontane Begeisterung für eine freie Gesellschaft und deren Ausdrucksweise in nie dagewesener Klarheit.

Die Reise des New Yorker Imams wird in Bezug auf das Verständnis der Muslime für eine freie Gesellschaft und die Rolle der Religion darin bestimmt ein großer Erfolg.

Geert Wilders demonstriert am Ground Zero



Am 11. September findet in New York [erneut](#) eine Demonstration gegen die Moschee am Ground Zero statt. Neben dem ehemaligen Sprecher des US-Repräsentantenhauses [Newt Gingrich](#) (Republikaner) und weiteren Rednern wird auch der niederländische Politiker Geert Wilders sprechen. Aus dem Umfeld von Wilders wurde PI seine Teilnahme an der Demo bestätigt.

Hier ein Video des [Algemeen Dagblad](#) zu diesem Vorhaben (mit englischen Untertiteln):

Der republikanische Bürgermeister von New York, Michael Bloomberg, der sich übermäßig über die Moschee bzw. deren Baugenehmigung [gefremdet hat](#), kümmert sich weder um die Hintergründe noch um die Person, die für dieses „Zeichen der Versöhnung“ steht. In dem hier eingebetteten Video von einer Sendung auf FoxNews erklärt Bloomberg darauf angesprochen, es sei nicht seine Aufgabe, sich mit den Hintergründen von Priestern in New York zu beschäftigen.

(Videobearbeitung: Antivirus)

In diesem Video erklärt der Mitdemonstrant von Geert Wilders, Newt Gingrich, seine Sichtweise. Ihm und dem Moderator der

Sendung, Sean Hannity, stößt zunächst einmal auf, dass der [Imam vom Ground Zero](#), die Hamas nicht als eine Terrororganisation bezeichnen möchte, während er gleichzeitig die New Yorker damit beruhigt, er werde für die Moschee kein Geld von Terrorgruppen annehmen. Wenn er Terroristen nicht als solche bezeichnet, dann hat diese Behauptung ungewollt eine gewisse Berechtigung. Wer es anders sieht, ist wahrscheinlich ein [konservativer Hetzer](#).

Gingrich zeigt in dem Interview allerdings auf, dass kein Mensch weiß, woher das Geld kommt, das der sehr fragwürdige Imam für einen Moscheebau neben den Gräbern der Opfer des 11. September ausgeben möchte. Gingrich findet, dass es nicht von der Religionsfreiheit gedeckt sein kann, die Einführung der Scharia zu fordern. Schließlich stehe dieses Rechtssystem für das Töten von Homosexuellen, das Steinigen von ehebrecherischen Frauen und eine ganze Reihe von Strafen, die eine westliche Gesellschaft niemals zulassen würde. Sie sei auch antichristlich und antijüdisch. Man möge sich nur anschauen, was die Scharia bedeutet. Und dafür stehe der Imam, der das sog. interreligiöse Projekt verwirklichen wolle. Es wäre interreligiös, so Gingrich, wenn dies eine Kirche, eine Synagoge und eine Moschee darstellen würde und dort gemeinsam gebetet und interagiert werde. Vielleicht(!) könnte man dann von interreligiös sprechen. Aber so ist das ausschließlich ein antiamerikanischer Akt des Triumphes durch einen radikalen Islamisten, der über die Welt touren werde, um zu verkünden: „Die Amerikaner sind so dumm, dass sie uns – nachdem wir zwei ihrer großartigsten Gebäude zerstört haben – erlauben, dort eine Moschee zu bauen. Das zeigt, wie schwach und ignorant sie sind.“

Neben dem früheren Bürgermeister von New York, [Rudy Giuliani](#) hat sich auch frühere Vize-Präsidentenskandidatin der Republikaner, Sarah Palin, gegen die Moschee ausgesprochen, genauso wie eine Zweidrittel-Mehrheit der New Yorker.

» Gates of Vienna: [Geert Wilders Will Join Newt Gingrich at](#)

[Ground Zero on 9-11](#)

» FoxNews: [Should New York Allow Mosque Near Ground Zero?](#)

Den Staat bekämpfen – vom Staat leben



Wir Deutschen können stolz auf uns sein. Wir sorgen auch für die gut, die uns hassen und bekämpfen. Ungefähr 15 potentielle Terroristen erhalten HartzIV oder Bafög. Sie sind teilweise als erwerbsunfähig gemeldet. Na gut. Kann man ja auch verstehen. Beim Bombenbasteln bleibt ja nicht so viel Zeit.

Die WAZ [schreibt](#):

Ein Teil der von den deutschen Sicherheitsbehörden als potenzielle Terroristen geführte Menschen leben laut einem Zeitungsbericht von Sozialleistungen. Von den 99 vom Bundeskriminalamt (BKA) als «Gefährder» eingestuften Personen lebten 15 ausschließlich vom Staat, berichtet die «Bild»-Zeitung (Samstagsausgabe) unter Berufung auf ein vertrauliches Papier der Sicherheitsbehörden.

Zehn der Terror-Verdächtigen beziehen dem Bericht nach Arbeitslosengeld I oder Hartz IV, drei erhielten

*Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, einer
Lebe von BAföG, ein weiterer beziehe eine
Erwerbsunfähigkeitsrente.*

*Laut «Bild» befinden sich 25 «Gefährder» derzeit in Haft, 15
hielten sich im Ausland auf. Die anderen lebten überwiegend
von Verwandten oder eigenem Einkommen, etwa als
Gemüsehändler, Kfz-Händler oder Zeitarbeiter. Ein «Gefährder»
sei dem Papier zufolge praktizierender Arzt, einer Imam, ein
weiterer betreibe eine Islam-Schule und organisiere
Pilgerreise.*

Soviel zum Thema, Armut und Ungebildetsein schaffe Terror...

(Spürnase: Kölschdoc)